

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Straßenbahn und Busse für Senioren, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Flüchtlinge

Bremer Bürgerinnen und Bürger mit niedrigem Einkommen müssen sich in ihrem Aktionsfeld häufig auf ihren Stadtteil beschränken, weil ihnen die nötigen Mittel fehlen, um eine Fahrkarte der Bremer Straßenbahn AG zu bezahlen. Gleichzeitig verlangt aber das Bundessozialhilfegesetz von ihnen, dass sie zum Einkaufen auch grössere Entfernungen zurücklegen, um die günstigsten Angebote wahrnehmen zu können. Von Arbeitslosen wird selbstverständlich erwartet, dass sie auch längere Wege für Bewerbungen in Kauf nehmen.

Flüchtlinge erhalten die Kosten für zwingend notwendige Wege nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erstattet, dieses Verfahren ist aber bürokratisch und nicht bedarfsdeckend.

Für das Selbstbewusstsein und die Entwicklungsmöglichkeiten von Menschen mit niedrigem Einkommen ist ein erleichterter Zugang zum ÖPNV wichtig. Sozialpolitisch gehört eine verbilligte Monatskarte zu den wichtigsten Verbesserungen der Lebenssituation dieses Personenkreises. In einer großen Anzahl anderer Städte gibt es solche Angebote, teilweise in Verbindung mit einem Erwerbslosenpass.

Erwerbsloseninitiativen haben nun die alte Forderung nach Ermäßigungen wieder aufgegriffen und daran erinnert, dass es in Bremen ein Angebot einer ermäßigten Monatskarte 1992 schon einmal gegeben hat. Dieses Angebot wurde eingestellt, weil die Stadt und die BSAG sich nicht auf die Höhe der Ausgleichszahlungen einigen konnten. Auch bei der Bremer Seniorenvertretung steht die Forderung nach einer ermäßigten Seniorenkarte seit Jahren an zentraler Stelle. Erfahrungen aus anderen Städten haben überdies gezeigt, dass die örtlichen Verkehrsbetriebe über Ermäßigungsmodelle ihre Einnahmen steigern konnten. Für Bremer Studentinnen und Studenten gibt es ein Semesterticket ohne Ausgleich aus öffentlichen Kassen.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, bis zu den Haushaltsberatungen 2000 ein Konzept vorzulegen, wie und mit welchen Ausgleichszahlungen an die BSAG in Bremen eine ermäßigte Monatskarte für Busse und Bahnen eingeführt werden kann.

Einsparungen im Rahmen der Sozialhilfe und nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sollen gegengerechnet werden.

Dr. Güldner, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen